

FRANK WERNER

Raumordnerische Information und Regionalstatistik in der DDR

Vorbemerkung: Die Einschränkungen der Landeskenntnis für Ausländer

Der enge Zusammenhang zwischen Zugänglichkeit, Kenntnis und Interpretation eines Raumes galt nicht nur für die historische Zeit der Welterschließung – er gilt auch noch heute, und zwar – im restriktiven Sinne – nicht nur für den größten Teil des eurasischen Kontinents oder für extrem abgeschirmte Länder wie Albanien, sondern auch für die DDR. Die Beschränkungen fallen zwar auf Grund der bestehenden Reisemöglichkeiten nicht besonders auf. Die physische Zugänglichkeit im Sinne von Betreten und Anschauung einer Region ist jedoch dem Stand der Naturwissenschaften der Vor-Newton-Zeit vergleichbar und – gemessen am methodischen Rang der Raumforschung im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts – äußerst bescheiden. Über die Restriktionen der DDR-Forschung im Wissenschaftsbereich Geographie/Regionalplanung bestehen in Westeuropa in der Regel nur vage Vorstellungen. Deshalb werden sie hier zunächst grob umrissen und an Beispielen verdeutlicht¹.

1. Eigene empirische Arbeit ist innerhalb der DDR kaum möglich. Erhebungen, insbesondere sozialempirischer Art, bedürfen staatszentraler Genehmigung². Die Ausnahmen gelten nur relativ „unwichtigen“ (aus der Sicht des Staates) Fakten wie Einzelhandel, Tourismus und – in Grenzen – Landwirtschaft.

2. Die Zugänglichkeit von Literatur, Karten und schriftlichen Originalquellen ist vielfältig eingeschränkt. Das ist bedingt durch

- 2.1 den hohen Anteil interner und „grauer“ Literatur;
- 2.2 die begrenzte Verteilung der Arbeiten;
- 2.3 den eingeschränkten Zugriff in Institutionen, auf Tagungen und in Bibliotheken;
- 2.4 den direkten Entzug der Quellen, insbesondere der Karten, Statistiken und empirisch gehaltvollen Arbeiten.

1 Die im folgenden genannten Titel und ihre Sperrungen sind mir anhand von sehr verstreuten Quellen (wie zum Beispiel Katalogvermerken) bekannt geworden, jedoch sämtlich nicht im Original.

2 AnO über die Genehmigung und Registrierung von Berichterstattungen und über Bevölkerungsbefragungen v. 27. 11. 1975. Befragungsanträge können nur Minister, Leiter anderer zentraler Staatsorgane, Vorsitzende der Räte der Bezirke und der Präsident der Akademie der Wissenschaften stellen. Um die Bedeutung derartiger AnO zu verdeutlichen, sei folgendes Beispiel zitiert: Für eine Verkehrs- und Migrationsbefragung der TU Dresden 1973 beantragten die Forschungskollektive der TU und der PH Dresden über die

2.1 Der Anteil der grauen Literatur ist sehr hoch, im Gegensatz zur Bundesrepublik nicht in zugänglichen Bibliotheken nachgewiesen und über die Informationsspeicher der Forschungsleitstelle bzw. des ISA³ nur für DDR-Wissenschaftler (siehe 2.3) zugänglich. Der hohe Anteil folgt aus dem kleinen Binnenmarkt (gegenüber dem westlichen deutschsprachigen Bereich), aber auch aus der (nicht nur aus produktionstechnischen, sondern auch aus grundsätzlichen politischen Gründen) sehr beschränkten Druckkapazitäten (Kleinoffset) und den Auflagebegrenzungen (siehe 2.4). Hierzu zählen auch fast alle Hochschulschriften, weil sie in der Regel mangels Kapazität nicht gedruckt werden. Beispiele:

Grundsätze der staatlichen Siedlungspolitik der DDR. Entwurf. – Juli 1974. Manuskript. (Später eventuell weitere und verbindliche Fassungen).

Leitung und Planung der Umgestaltung von innerstädtischen Wohn- und Wohnmischgebieten, vorwiegend der Gründerzeit. Weiterbildungsinstitut der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar. – 1978. 61 S.

Ostwald, W.: Langfristige Planung der Territorialstruktur . . . Diss.B (Habilitationsschrift) a. d. Akademie f. Staats- und Rechtswiss. Potsdam. – 1975.

2.2 Ein Teil der Veröffentlichungen wird nicht über den Buchhandel oder nur „an einen festgelegten Benutzerkreis“ ausgeliefert. Beispiele sind die (erst nach ihrem Auftauchen in der Bundesrepublik freigegebene) Planungsordnung (und andere Sonderdrucke des Gesetzblattes), die (mehrbändigen) Definitionen der amtlichen Statistik, aber auch speziellere Titel:

Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Städtebaues . . . 1977/78. Annotierte Titelliste. ISA. – 1979.

Picht/Regen: Zur weiteren Entwicklung der Dörfer. Bauakademie der DDR. – 1979. 81 S.

Aus den Schriftenreihen Prognose bzw. Plenartagungen der Bauinformation sind 3 von 8 bzw. 4 von 10 Heften nicht im Buchhandel erhältlich.

Forschungsleitstelle (vgl. Fußnote 3) bei der Statistik-Zentralverwaltung beim Ministerrat diese einmalige Befragung in ausgewählten Gemeinden. Nach einer Begutachtung durch die Bezirksplankommission und den Bezirksarchitekten Dresden konnte der Antrag über die Leitung der Staatlichen Plankommission der DDR endgültig gestellt werden. – Daneben gelten weitere Rechtsnormen, wie etwa die JournalistenVO, die auch für einmalige Berichterstattungen eine Genehmigungspflicht des Außenministeriums der DDR vorsieht (VO über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten . . . v. 21. 2. 1973).

3 Forschungsleitstelle der Staatlichen Plankommission der DDR. ISA: Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR. IGG: Institut für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Vor allem zählen hierzu die raum- und stadtplanerisch wichtigen Zeitschriften, wie beispielsweise

Informationen der Forschungsleitstelle für Territorialplanung (monatlich; selbst dem Titel nach hiesigen Experten unbekannt).
Mitteilungen des Verbandes der Berufsgeographen der DDR.
Informationsdienst Städtebau (monatlich, etwa 30–60 S.).
WBI-Informationen für leitende Kader in Städtebau und Architektur (jährlich mehrere Hefte, ca. 50–70 S.).

Sie sind sämtlich nicht in der Postzeitungsliste der DDR enthalten.

2.3 Der Zugriff auf wissenschaftliche (und graue, jedoch „offene“) Literatur in öffentlichen Verwaltungen, Forschungsinstitutionen usw. ist nicht möglich. Diese sind für Ausländer grundsätzlich unzugänglich – von Besuchen, Besichtigungen und dergleichen abgesehen. Das gilt auch für die von ihrem Bestand an grauer Literatur her wichtigen Bibliotheken⁴ und für Fachtagungen⁵.

2.4 Ein großer Teil der wissenschaftlichen Arbeiten, der Raumplanungsprogramme usw. ist der Benutzung durch die Vermerke „Nur für den Dienstgebrauch“ (NfD) oder „Vertrauliche Dienstsache“ (VD) entzogen. Das gilt für fast alle Regionalstatistiken (Bezirkstaschenbücher usw.) und grundsätzlich für alle topographischen und Katasterkarten sowie Luftbilder⁶. In den wissenschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland existieren keinerlei neue topographische Kartenwerke über die DDR.

Das gilt ferner für fast alle thematischen Karten der Raumplanung. So sind von den 77 in den Jahren 1977/79 erstellten regionalplanerischen Karten weniger als 10% offen (theoretisch: siehe 2.3), über 20% VD und ca. 70% NfD. Beispiele:

Die materiell-räumlichen Bedingungen in POS (Polytechnische Oberschulen: Unterrichtsräume, Schulspeisung, Sportflächen). – 1979. 1:750 000 (entspricht dem National-Atlas der DDR). Auflage: 60. PH Dresden. NfD.

Territ. Entwicklungskonzeption der Agrar-Industrie-Vereinigung Friedland. (Industriebetriebe, Viehplätze, Beregnungsflächen usw.). – 1978. 1:50 000. VD.

Die oben genannten Einschränkungen gelten nicht nur für offizielle Papiere, wie zum Beispiel:

Standortverteilung der Produktivkräfte der DDR (vergleichbar den Karten und Texten des Bundesraumordnungsprogramms; es liegt wahrscheinlich in mehreren Ausgaben vor)

oder halbamtliche Veröffentlichungen, wie zum Beispiel:

Information Territorialforschung/Territorialplanung. Hrsg. vom IGG/Forschungsleitstelle. Sonderheft 1979. 36 S. VD,

sondern auch für wissenschaftliche Abschlußarbeiten. So wurden beispielsweise 20 der 40 Diplomarbeiten des Wissenschaftsbereiches Territoriale Ökonomie der Hochschule für Ökonomie (Berlin Ost) 1975 bis 1977 gesperrt (NfD: 7; VD: 13, zum Teil nur Anlagen). Der Besitz von VD-Hochschulschriften ist selbst den Autoren untersagt. Die Einschränkungen gelten sowohl für wichtige Analysen, etwa

Analyse von Umgestaltungsbedingungen ausgewählter Städte der DDR. ISA. – 1979. VD (eine 135-Städte-Analyse von 1976–1978 in 5 Teilen),

als auch für regionale, pragmatische Schriften der Raumplanung:

Ratgeber zur Erarbeitung von Ortsgestaltungskonzeptionen (Flächennutzungspläne). Büro für Städtebau Rostock. – 1978. 34 S. 8 Pl. NfD.

Die Auswirkungen auf die wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR bestehen vor allem

1. in der Begrenzung der faktischen Kenntnis,
2. in Fehlurteilen über den Forschungsstand in der DDR, und
3. in der Eingrenzung des Interesses auf formale Aspekte (das heißt Sollvorschriften) der Raumplanung.

Für das raumordnerische Informationssystem der DDR selbst sind dagegen andere Probleme bedeutsam, vor allem das der unzulänglichen Regionalstatistik.

1. Die Regionalstatistik

Die raumordnerische Erfolgskontrolle bedarf systematischer und laufender Beobachtung der Raumstrukturen. Diese Regionalanalyse weist in der DDR innerhalb eines sogenannten „einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik“ einige Besonderheiten auf, die auf die generelle Bedeutung der Raumordnungspolitik innerhalb des Staates zurückwirken und außerdem im allgemeinen wenig bekannt sind. Die amtliche Statistik ist in diesem „einheitlichen System“

„periodisch erscheinenden Presseerzeugnissen, der Literatur, Prospekten usw.“ genehmigungspflichtig durch die Ministerien des Innern und der Kultur. Ausnahmen, wie die Luftbilder von Topel in der Geographischen Rundschau (1980, Heft 2; Agglomeration Leipzig–Halle) stammen von westlicher Seite. Siehe auch Werner, F.: Atlas DDR (Rezension). In: Kartographische Nachrichten. (1979) H. 3, S. 102 ff.

4 Wie zum Beispiel ISA. Selbst öffentlich-wissenschaftliche Bibliotheken (wie die der Hochschule für Ökonomie) dürfen oft nicht benutzt werden (auch die Kataloge nicht). In anderen enthalten die Kataloge nicht alle Bestände.

5 Beispielsweise die Hauptversammlung der Geographischen Gesellschaft, des Verbandes der Berufsgeographen oder der Sektionen der Geographischen Gesellschaft, der Tagungen der Regional-Wissenschaftler sozialistischer Länder usw. Die Zugänglichkeit ist jedoch für Wissenschaftler westeuropäischer Staaten, mit denen Kulturabkommen bestehen, entschieden günstiger.

6 Die betreffende AnO (über die Behandlung von topographischen Karten und Luftbildern in den staatlichen Organen, staatlichen Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen und sozialistischen Betrieben v. 28. 2. 1963 / 15. 5. 1964) und die AnO zum Schutze von Dienstgeheimnissen v. 6. 12. 1971 sind nicht veröffentlicht worden. Nach den AnO v. 12. 5. 1964 / 23. 7. 1964 sind die Herstellung, Vervielfältigung, der Verlag sowie Import und Export für den Vertrieb von „kartographischen Erzeugnissen, wie Globen, Atlanten, Wandkarten, Verwaltungskarten, Wander- und Touristenkarten, Straßenübersichtspläne und ähnliche Karten“, aber auch in

direkt mit der Rechnungsführung der Betriebe verbunden, um ihrer „operativen“, das heißt wirtschaftsleitenden Aufgabe zu entsprechen. Sie ist, vereinfacht formuliert, ein Meldesystem für den volkswirtschaftlichen Planungsprozeß; die Berichterstattung ist daher auf die rechnungsführenden, juristischen Betriebseinheiten ausgerichtet. Daraus folgt das zentrale Problem der Regionalstatistik (in der DDR immer: Territorialstatistik), nämlich die räumliche Kennzeichnung ihrer Daten.

1.1 Abrechnungsorte und Standorte, Siedlungen und Gemeinden

Der Widerspiegelung der Standortverteilung in der Regionalstatistik gelten nun schon jahrzehntelang Kontroversen zwischen den Wissenschaften (Raumordnungspolitik, Stadtplanung, Geographie) und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik. Die Erhebungs- und Abrechnungsorte und die betrieblichen Standorte sind nicht identisch; letztere sind oft über den ganzen Staat verteilt. Die umfassende Konzentration, vor allem in der Industrie, verschärft diese Problematik.

Einige Zahlen solle das verdeutlichen. Nach *Kuciak* „gibt es in der Textilindustrie bekanntlich ‚Großbetriebe‘ mit mehreren tausend Beschäftigten, die aus 50 oder gar über 100 Produktionsstätten in vielen Kreisen und Bezirken bestehen.“ Eine Befragung „in 70 ausgewählten Kombinat⁷en der zentralgeleiteten Industrie ergab, daß diese . . . aus 556 Kombinatbetrieben und über 1800 territorial getrennten Produktionsstätten bestanden“.

Nach *Ostwald*⁸ haben „viele Bauproduktionen . . . überhaupt nichts mit dem Gebiet oder Ort zu tun, an dem sie statistisch abgerechnet werden.“ „Die Zahl der Arbeitsstätten blieb“ nach *Schmidt*⁹ „in den letzten Jahren im wesentlichen gleich, die Zahl der juristischen und ökonomisch selbständigen Betriebe verringerte sich ständig, und die Zugehörigkeit zu den wirtschaftsleitenden Organen unterliegt einer ständigen Veränderung.“

1979 existierten in der DDR 90 Kombinate und 19 Baukombinate mit durchschnittlich 27 000 Beschäftigten, und bereits für 1980 ist zu erwarten, daß 90 % der zentralgeleiteten Betriebe in etwa 130 Kombinat¹⁰en zusammengefaßt sind – bei verminderter staatlicher Berichterstattung.

Das klassische Kombinat war Leuna – mit einem übertragenden Standort und einem Betrieb. Das zur Zeit größte Kombinat (Landmaschinenbau) umfaßt 80 Betriebe mit 60 000 Beschäftigten. Die Leitung – Standort der Abrechnung – kann selbständig sein, durch einen Stammbetrieb oder durch mehrere Leitbetriebe erfolgen. Darüber hinaus gliedern sich die Kombinate vor- und nachgelagerte und ergänzende Produktionen an, sind also auch branchenheterogen. Weiterhin wurden noch 1975 zahlreiche Infrastrukturdaten „weithin in Verantwortung von Ministerien und anderen wirtschaftsleitenden Organen erfaßt und aufbereitet“⁹. Die amtliche Statistik deckte also offenbar nicht alle notwendigen Sachgebiete ab.

Neben die Konzentration in der Wirtschaft trat seit Mitte der siebziger Jahre diejenige der Verwaltung in Gemeindeverbänden.

Die Differenzen zwischen Gemeinden und Siedlungen verdeutlichen die Beispiele¹¹ in der beifolgenden Übersicht.

		bis 100 Ew	100 – 500 Ew	500 – 2 000 Ew	insgesamt
DDR, Siedlungen	1964				16 436
DDR, Gemeinden					9 173
Bezirk Cottbus					
Siedlungen	1964	370	470	ca. 188	
Siedlungen	1971	336	568	181	
Gemeinden	1971	28	447	181	

Über die Auswirkungen der Gemeindeverbandsbildungen (die seit Anfang der siebziger Jahre sehr schnell große Teile der DDR erfaßten) auf die Regionalstatistik ist meines Wissens wenig bekannt.

Nach *Schmidt* taucht jedoch die Forderung nach einem „praktikablen Siedlungsbegriff“ auf, der 1974 „als verbindlich erklärt werden solle“. Offenbar reichte bei der weiterhin abnehmenden Zahl der Gemeinden der in der zentralen Datenbank (siehe 1.2) festgehaltene Siedlungsnachweis nicht aus, um die Daten den Siedlungsstrukturen hinreichend genau zuzuordnen.

1.2 Die Großzählungen

Angesichts der skizzierten Probleme der laufenden Berichterstattung haben die Großzählungen außerordentliche Bedeutung. Aus der VBWGZ (Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung) von 1971 wurden rd. 210 bis 300 Daten in den zentralen Gemeindedatenspeicher der Forschungsleitstelle¹² übernommen und durch etwa 20 % weitere Daten

7 *Kuciak* u. a. in: Wirtschaftswissenschaft. (1976) 9, S. 1317 ff.; Konzentration, Intensivierung . . . In: Die Wirtschaft. (1977) 4, S. 18. – In Leipzig waren 1976 25 große VEB auf 260 Standorte verteilt. In Berlin verteilten sich 1963 18 Betriebe der Elektroindustrie auf 195, 1969 19 Betriebe auf 270 Standorte (nach *Bönisch, R.*, in: Informationen der Forschungsleitstelle . . . (1974) H. 8; *Grimm, D.*, ebd., 1975).

8 *Ostwald, W.*, in: Informationen der Forschungsleitstelle . . . (1975) H. 5.

9 *Schmidt, U.*: Informationen über das Seminar „Probleme der Territorialstatistik . . .“ (1975). In: Informationen der Forschungsleitstelle . . . (1975) H. 5, S. 13 ff., und *Ostwald*, ebd. Nach *Schroeder* (ebd. 1974, H. 7) befanden sich rund 60 % der Grundmittel der Energie-Infrastruktur in der Verwaltung des Ministeriums für Kohle/Energie und damit nicht in regional nachweisender Abrechnung.

10 Z. VO über Rechnungsführung und Statistik v. 24. 5. 1979.

11 *Schubert, H.*, in: Informationen der Forschungsleitstelle . . . (1974) H. 6. Und die Gesamtübersicht bei *Stams*, Rückseite der Kartenbeilage in: Geographische Berichte. (1976) H. 1.

12 Die Forschungsleitstelle der Staatlichen Plankommission ist die staatszentrale wissenschaftliche Institution für die Raumplanung. Daneben existiert seit 1976 ein „Zentralspeicher für die städtebauliche Planung“ am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, gleichfalls mit den 210 Gemeindedaten sowie Planungsdaten der Kreise und von 246 Städten (nach: Bauinformation. Wiss. u. Techn. (1978) H. 4, S. 21). Der Speicher der Bauakademie

– vor allem aus Infrastrukturerhebungen – ergänzt. Durch Programme zur Anpassung an die Gemeindeveränderungen können sie zu Zeitreihen zusammengestellt werden.

Die Auswertung dieser Großzählungen erfolgt sowohl für das gesamte Territorium der DDR als auch durch Kartenserien für die einzelnen Bezirke bis hinunter für Stadtareale der Großstädte Leipzig und Dresden¹³.

Die Daten des Zensus 1971 und ihre Nutzung durch diese zentrale Datenbank stellen die Grundlage der raumordnungs-politischen Arbeit dar.

1.3 Die laufenden statistischen Dienste

Neben dem Statistischen Jahrbuch der DDR (mit seiner geringen regionalen Aufschlüsselung) werden jährlich Bezirksbücher, periodisch auch Kreis- und Städtejahrbücher erstellt. Gleichfalls werden seit Beginn der siebziger Jahre die wichtigsten Daten der Städte der Makrostruktur¹⁴ nachgewiesen.

Seit vielen Jahren bemüht sich die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik um die Erweiterung der gemeindeweisen Datensammlungen zu sogenannten „Gemeindepässen“. Mitte der siebziger Jahre sollten sie auch für Gemeinden unter 500 Einwohner eingeführt sowie für die größeren maschinell fortgeschrieben werden. Über die tatsächliche Qualität des gemeindeweisen Nachweises ist jedoch weder für die Vergangenheit noch für die Gegenwart Systematisches bekannt.

1.4 Regionale Datenbanken

Neben dem erwähnten Gemeindedatenspeicher wurde schon 1970 die erste regionale Datenbank in Halle aufgebaut, und auch in einigen Großstädten standen zumindest zeitweise spezielle Datensammlungen für Stadt- und Regionalplanung zur Verfügung. Daneben entstanden Bezirks-Datenbanken der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (1977 Dresden, 1978 Rostock/Schwerin, 1980/81 wahrscheinlich 5 weitere), die später gekoppelt werden könnten, und weiterhin noch Datenspeicher der Fachverwaltungen der Räte der Bezirke¹⁵.

So werden mit Beginn der achtziger Jahre der Statistische Dienst und die Fachplanung so ausgebaut, daß die Regionalplanung endlich auf eine angemessene Datenbasis zurück-

greifen kann – sofern die beiden bisherigen Hindernisse beseitigt werden: der gerätetechnische Engpaß und vor allem die Probleme der Erhebung¹⁶ und Verschlüsselung primärer Daten.

1.5 Regionale Datenkennzeichnung

Die Verortung der Daten erfolgt in der DDR nicht nach einem geodätischen Raster, sondern durch einen „territorialen Grundschlüssel“, der – so war beabsichtigt – die Wohnbezirke der Nationalen Front zur Grundlage der räumlichen Zuordnung hat (Nationale Front = Zusammenschluß der Massenorganisationen). Die Verschlüsselung wurde jedoch in praxi sehr unterschiedlich gehandhabt. „Teilweise wurden daraus Funktionsbezirke . . . oder auch Zählbezirke . . . entwickelt“¹⁷. Der anschließende Versuch, einen grundstücksbezogenen Grundschlüssel einzuführen, scheint gleichfalls erfolglos geblieben zu sein¹⁸. Da auch er kaum Flächenauswertungen erlaubte, bemüht sich die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik seit Mitte der siebziger Jahre um eine neue Datenkennzeichnung.

2. Die Raumordnungskartographie

2.1 EDV-Auswertungen

Durch die Gemeinde- bzw. Siedlungskennzahlen der Zentralspeicher und (wahrscheinlich) der Bezirksspeicher sind kartographische EDV-Ausdrücke möglich. Die Daten der Großzählung 1971 wurden in Maßstab und Graphik des Nationalatlas, teilweise auch als Automatenkartogramme und in verschiedenen experimentellen Auswertungen, ausgedruckt.

Die Auswertung erfolgt jedoch meines Wissens nur nach administrativen Einheiten – Kreise und Bezirke sowie Bezirksgruppen – und nicht nach Gebietstypen (im Sinne des Bundesraumordnungsprogramms, der wirtschaftsräumlichen Einheiten usw.).

Die Nutzung des Materials ist sehr unterschiedlich; zum Beispiel hatte nur die Hälfte der Bezirke die Zensusdaten vollständig abgefordert (wahrscheinlich mangels entsprechender Geräte und spezialisierten Personals).

kann ebenfalls nur „unter Beachtung der Sicherheitsbestimmungen genutzt werden.“ Der Zentralspeicher der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, der seit Anfang der siebziger Jahre existiert, scheint raumplanerisch nicht nutzbar zu sein.

13 Unterschiedliche Vertraulichkeitsgrade, Auflage wahrscheinlich nicht über 100.

14 Raumordnungspolitisch bedeutsame Zentren, für die seit 1972 „Städtepässe“ erstellt werden. Sie werden meines Wissens zweijährig in einem gesonderten Jahrbuch zusammengefaßt.

15 Kurth, R.: Zur Gestaltung eines Systems von Datenbanken. In: Statistische Praxis. (1978) 2, S. 55 ff. Danach befanden sich „etliche regionale Datenspeicher . . . im Aufbau“. Es ist aber unklar, ob es sich um Programme der Zentralspeicher oder bezirkliche Speicher (auch gelegentlich territoriale soziale Datenbanken genannt) handelt. – Ältere Angaben in Stempel, D. (u. a.): EDV im Städtebau. – Berlin (O) 1971.

16 Die Datenbanken in „Städtebau und Territorialplanung sind fast ausschließlich auf statistische Auswertungen . . . ausgerichtet. Es besteht keine Beziehung zu bereits existierenden Modellen . . ., so daß der Datenbedarf der Modelle nicht ohne zusätzlichen manuellen Aufwand gedeckt werden kann.“ Müller, U.: Zum Problem der Koppelung von Datenbanken . . . Stadt- und Territorialplanung. Diss. – Weimar 1977.

17 Christen, in: Informationen der Forschungsleitstelle . . . (1974) H. 7.

18 AnO über den TGS v. 5. 12. 1968. GBl. DDR III. Er entsprach nicht der staatlichen Grundstücksdokumentation. Daher wahrscheinlich der EDV-Gemeindeschlüssel 1974 (Siedlungsverzeichnis einschließlich der Wohnplätze unter 25 Einwohnern). Die Versuchsdatenbanken 1970/71 enthielten ein Koordinaten/Flurstück-System. Die Auswirkungen der neuen AnO über den TGS v. 6. 12. 1976 (Gemeinden/Grundstücke/Wohnungen mittels 16stelliger Kennziffer an 1978) sind unbekannt.

2.2 Raumordnungskataster und Planungsatlanten

Ein standardisierter Planungskataster (auf 1 : 10000 und kleiner) wird wahrscheinlich bei den bezirklichen Büros für Territorialplanung geführt. Über ihn ist nichts näher bekannt. Die Qualität darf aber nicht sehr hoch eingeschätzt werden, denn bei bezirklichen Industrieplanungen konnte um 1979 der Realisierungsstand und die Übereinstimmung mit der Planung überwiegend nur durch Ortsbesichtigung festgestellt werden. Während für den Wohnbereich die Daten der VBWGW vorliegen, fehlen sie für die Industrie, vor allem über den Bauzustand¹⁹ für Sanierungsanalysen. Eine Statistik „standortbezogener betrieblicher Primärdaten“ galt daher auch 1979 noch als vorrangiges Ziel.

Daneben existiert der Grundstückskataster²⁰, obwohl in der DDR kein nennenswerter Realkredit mehr existiert und ein Teil der Aufgaben somit entfiel. Zeitweise sollte er zu einem Wirtschaftskataster erweitert werden.

An Planungsatlanten liegen für die gesamte DDR der Nationalatlas und die ergänzenden Karten der Zählung 1971, jedoch nur ganz wenige grenzübergreifende Raumordnungskarten²¹ vor. Neben den reichhaltigen (aber bezirklich unterschiedlichen) Kartenunterlagen der Praxis – das heißt der bezirklichen Büros für Territorialplanung, für Städtebau und für Verkehrsplanung – wurde nur ein Planungsatlas in engerem Sinne herausgegeben, der des Bezirkes Leipzig²². Das liegt am Fehlen der entsprechenden Daten (mindestens bis in die mittelsiebziger Jahre) und kartographischer Kapazitäten.

3. Landesbeschreibungen

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden in der DDR wie in der Bundesrepublik systematische Raumbeschreibungen nach Kreisen/Bezirken begonnen. Sie waren, wie in der Bundesrepublik, für die Planungspraxis zu allgemein und analytisch zu umfangreich²³.

Raumbeschreibungen blieben aber als wissenschaftliches Anliegen erhalten. Die regionalen Analysen sind auf die an den erwähnten bezirklichen und zentralen Planungswerken und -aufgaben (oft vertraglich) orientierten Akademie- und Hochschulforschungen konzentriert. Davon sind wahrscheinlich nur geringe Teile – aus Gründen der Geheimhaltung

und auch der unzureichenden Druckmöglichkeiten – publiziert.

5. Zusammenfassung

In einem einheitlichen System von betrieblicher Rechnungsführung und Statistik sind sehr günstige Voraussetzungen für die Regionalstatistik zu erwarten. Doch sie blieb auch nach der Geheimniskrämerei der fünfziger Jahre und der Einführung dieses Systems weit hinter dem Stand der europäischen Industrienationen zurück. Es hatte sich daher „fast zu einer Tradition im negativen Sinne entwickelt“⁸, über die unzureichende Territorialstatistik Klage zu führen, und man kann die Kritik in fast allen Hochschulschriften (teilweise in harter Form) nachlesen. Zu einem Verständigungsversuch der bis dahin recht distanzierten Raumwissenschaftler und Statistiker kam es 1975⁹, denn das Grundproblem der standörtlichen Nachweise wurde konstatiert; aber es wurde kaum über Lösungen diskutiert.

Für diese Situation gibt es mehrere Gründe. Seit dem Aufbau des einheitlichen Systems 1963 und der seit den mittelschziger Jahren einsetzenden, heute noch anhaltenden Konzentration der Wirtschaft in Kombinat, später der öffentlichen Verwaltung, sowie der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung war die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik langjährig mit der Umstellung und der Anpassung an wirtschaftspolitische Erfordernisse befaßt. Sie mußte darüber hinaus die Methodik im Fünfjahresrhythmus der Volkswirtschaftsplanung konstant halten.

Das Interesse an Territorialstatistik blieb deshalb sehr untergeordnet. Sie wurde weder in der Statistik-Verordnung besonders erwähnt, noch hatten die Forderungen nach Verbesserung in einigen Ministerrats-Beschlüssen nennenswerte Wirkung.

Die Einführung der EDV war in den siebziger Jahren mit großen Schwierigkeiten verbunden, da zwischen den theoretischen Möglichkeiten und den praktischen Problemen der Datengewinnung und der Geräte usw. große Widersprüche bestanden. Die vorliegenden Daten wurden daher ungenügend ausgewertet. Noch heute besteht wohl ein nennenswerter Engpaß in der Organisation der Auswertung und Nutzung²⁴.

Neben diesen Schwierigkeiten sind auch methodische Fehlentscheidungen zu erwähnen. Die Entscheidung für eine Verschlüsselung in Anlehnung an die Bezirke der Nationalen Front war zwar ideologisch (und kommunalpolitisch) zweckmäßig, beinhaltete jedoch überzogene Anforderungen an die Primärerhebungen und Aufbereitung. Mangels methodisch zureichender Anleitung wurde auch der Siedlungsbegriff in den Bezirken sehr unterschiedlich angewandt.

Eine weitere Einschränkung der Raumkenntnis im Vergleich zum internationalen Stand ergibt sich aus den Eingrenzungen sozialempirischer Arbeit. Entsprechend der politischen Praxis, soziale Konflikte nur unter völliger Kontrolle öffentlich zu erörtern, unterliegen auch alle sozialempirischen

19 Nach Grönwald, B., in: Wiss. Zs. der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar. (1975) S. 83 ff.

20 Grundstücke und Grundrechte werden im Grundbuch der Liegenschaftsdienste der Bezirke dokumentiert. Vgl. GrundstücksdokumentationsO v. 6. 11. 1975. GBl. DDR I, S. 697. – Daneben bestehen weitere Bauzustandskataster.

21 Um 1973 wurden zum Beispiel einige Karten im Maßstab des DDR-Atlas einschließlich der VR Polen und der CSSR erstellt, später einige EDV-Ausdrucke auf Kreisbasis. Diese Ansätze wurden meines Wissens nicht weiter verfolgt.

22 1971 mit 35 Karten als seinerzeit „einziges“ Planungswerk. Siehe Ublig in: Vermessungstechnik. (1972) 2, und in: Informationen der Forschungsleitstelle . . . (1974) H. 4. Vom Atlas der Nordbezirke erschien nur der physische Teil.

23 Siehe Werner, F.: Zur Raumordnung in der DDR. – Berlin (W) 1973.

24 Borchard, R.: Zur Entwicklung eines Informationsrecherchensystems der SZS. In: SZS-Schnellinformationen. (1973) 3, S. 37 ff.

Erhebungen und Daten der Raumplanung weitgehender Geheimhaltung.

Es existieren also sowohl technische als auch methodische Hindernisse. Bezeichnenderweise ist die Regionalstatistik im Lehrbuch der Territorialplanung 1976 nur randlich behandelt.

Einen nennenswerten Fortschritt brachte die Übernahme der Gemeindedaten 1971 in einen zentralen Speicher und ihre schnelle Auswertung mit modernen Methoden (durch die Universität Halle, Geographie/Agrargeographie). Vereinzelter theoretischer Vorlauf konnte aber die Mängel der Praxis nicht ausgleichen. Allerdings können zahlreiche Auftrags-Forschungsarbeiten, Sondererhebungen und Befragungen nicht beurteilt werden, da sie in der Regel bestenfalls dem Titel nach bekannt sind.

Der Zustand der Regionalstatistik und der raumordnerischen Information hat mehrfache Auswirkungen. Er beeinträchtigt:

1. die wissenschaftliche Methodik. Aufgrund der schwierigen Primärdaten-Beschaffung wurden Modellrechnungen „so aufwendig, daß die subjektive Einstellung zur Modellierung weitgehend beeinträchtigt wird“²⁵. Fehlende „Be-

ziehungsdaten“ zwischen den Gemeinden (Pendler) führten dazu, daß die Arbeit an den Siedlungsnetz-Konzeptionen der Bezirke (vergleichbar den Entwicklungsplänen regionaler Planungsgemeinschaften) zu Beginn der siebziger Jahre nur selten Gemeindetypisierungen enthielt. Etwa ein Jahrzehnt nach der gemeindeweisen Bestimmung der westeuropäischen Stadtregionen wurden einige Ballungsgebiete der DDR nach ähnlicher Methode umrissen²⁶;

2. die Ermittlung und Quantifizierung von Trends, zum Beispiel der potentiellen Mobilität, der Freizeitnutzungen usw., und ihrer räumlichen Auswirkungen (zumal – und das kann hier nur erwähnt werden – Status-quo-Prognosen gegenüber Zielprognosen regelrecht gemieden werden);
3. die Bedeutung der regionalen gegenüber der sektoralen volkswirtschaftlichen Planung. Sie ist dadurch sehr gering, die Wirkungs- und Erfolgskontrolle der Raumordnungspolitik unzureichend, und das bewirkt vermeidbare volkswirtschaftliche Disproportionen;
4. den Entwurf regionaler Entwicklungskonzeptionen, dadurch regionale Selbständigkeit und somit letztlich eine Form der politischen Gewaltenteilung.

²⁵ Schmidt, U., in: Informationen der Forschungsleitstelle . . . (1974) H. 4.

²⁶ Oelke, ebd., H. 2.